

## Ein Bericht von der Heimatfront

### Bürger, Politiker und der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr

#### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

In den zwanzig Jahren seit der Wiedervereinigung hat die deutsche Außenpolitik einen deutlichen Wandel durchlaufen, weniger hinsichtlich ihrer Ziele als hinsichtlich ihrer Mittel (etwa Varwick 2004; Wagener 2004; Hellmann 2006; Maull 2006; von Bredow 2008). Bis 1990 gehörte der Verzicht auf militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets zu den außenpolitischen Prinzipien der zweiten deutschen Republik. Nach der Wiedervereinigung erweiterte die Bundesrepublik ihr Repertoire außenpolitischer Instrumente schrittweise um friedenserhaltende und -erzwingende Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Das gegenwärtig prominenteste Beispiel für diesen Wandel ist wohl der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF). Nachdem der Bundestag wenige Wochen vorher die Beteiligung an der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) beschlossen hatte, legitimierte er im Dezember 2001 die Entsendung von bis zu 1200 Soldaten zur Sicherung Kabuls. Im Laufe der Zeit wurde das Einsatzgebiet auf die Region um Kundus in Nordafghanistan ausgeweitet, die Obergrenze des Kontingents auf zuletzt über 5000 Soldaten erhöht, und es wurden Tornado-Aufklärungsflugzeuge entsandt. Die Soldaten sollen mit einem sog. robusten Mandat den zivilen Aufbau militärisch schützen, dürfen Waffengewalt also nicht nur zur Selbstverteidigung einsetzen. Das Gefahrenpotential in diesem „nicht-internationalen bewaffneten Konflikt“ führten immer wieder Zwischenfälle vor Augen, bei denen auch deutsche Soldaten töteten oder getötet wurden. Als besonders spektakuläre und blutige Ereignisse dieser Art können das Bombardement zweier entführter Tanklastzüge bei Kundus in der Nacht zum 4. September 2009 sowie der Tod von insgesamt sieben Bundeswehrsoldaten bei zwei militärischen Auseinandersetzungen vor und nach Ostern 2010 gelten.

Mit der Erweiterung des Arsenal außenpolitischer Mittel um militärische Auslandseinsätze scheint die deutsche Gesellschaft nur bedingt Schritt gehalten zu haben (etwa Müller 1999; Andrei/Rittberger 2005). Im Fall der Afghanistan-Mission lässt sich das unter anderem daran ablesen, dass die Abstimmungen im Bundestag über das ISAF-Mandat zum Teil zu deutlich anderen Ergebnissen führten als entsprechende Bevölkerungsumfragen. Seit 2001

---

<sup>1</sup> Ich danke der PVS-Redaktion für wertvolle Hinweise und Anregungen.

unterstützten stets mindestens 70 Prozent der Abgeordneten das Mandat. Während nur einzelne Volksvertreter von Union und FDP ablehnend votierten, sank der Anteil der Ja-Stimmen bei SPD, vor allem aber bei den Grünen nach dem Ende der rot-grünen Koalition deutlich. Geschlossen mit Nein stimmten jeweils die Vertreter der PDS und später der Linkspartei.

In Bevölkerungsumfragen<sup>2</sup> sprachen sich anfangs große Mehrheiten der West- und – weniger deutlich – der Ostdeutschen für den Einsatz aus. Bereits die Ausdehnung des Einsatzes auf Regionen außerhalb Kabuls im Jahr 2003 stieß bei den Bürgern auf erhebliche Reserven, ebenso die Entsendung von Aufklärungsflugzeugen im Jahr 2007. Seit jenem Jahr sind zudem Mehrheiten für einen raschen Abzug der Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan erkennbar. Wenngleich in Teilen anders nuanciert, stützen auch die Untersuchungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr die Folgerung, dass Skepsis gegenüber der ISAF-Mission unter den Bürgern wesentlich weiter verbreitet war und ist als unter den Abgeordneten (vgl. etwa Bulmahn 2009, 2010). Aus den Umfragestudien geht zudem hervor, dass Urteile der Bürger über den ISAF-Einsatz häufig kognitiv wenig fundiert sind und Hinweise auf den Einsatz von Waffengewalt, der integraler Bestandteil des Mandats ist, zu erheblich kritischeren Urteilen der Bürger führen. Nach Parteiloyalitäten aufgeschlüsselt, verdeutlichen die Ergebnisse, dass vor allem Abgeordnete von SPD und Grünen mit positiven Voten ihren Anhängern einiges zumuteten.

Die öffentliche Meinung und die Elitenentscheidungen zur Afghanistanmission haben sich offenbar auseinanderentwickelt. Im Folgenden soll daher das Verhältnis zwischen Bürgern und Eliten in dieser Policy-Frage unter dem Gesichtspunkt politischer Repräsentation **diskutiert werden**. Auf diese Weise soll unter anderem geklärt werden, inwieweit ein Problem vorliegt und mit einer Übereinstimmung von öffentlicher Meinung und Policy-Entscheidungen zu rechnen ist.

## 2. Öffentliche Meinung, politische Eliten und Repräsentation

Eine Divergenz von (mehrheitlichen) Bürgerpräferenzen und Elitenhandeln deutet auf Defizite im demokratischen Repräsentationsprozess hin, der in einem Widerspiel von politischer Führung und Elitenresponsivität gelingen kann (Pitkin 1967; Herzog 1989; Powell 2004). In einer modellhaft vereinfachten Darstellung (siehe hierzu etwa Soroka/Wleziën

---

<sup>2</sup> Sofern nicht anders vermerkt, handelt es sich um Ergebnisse der Politbarometerbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und der Deutschlandtrend-Erhebungen von Infratest dimap. Aus Platzgründen können diese nicht einzeln zitiert werden. Ich danke Rebecca Glaab und Heiner Heiland für ihre Recherchen.

2010) versuchen politische Eliten Bürger von Policies zu überzeugen. Sofern dies gelingt, wird die Policy (mehrheitliche) Unterstützung seitens der Bürger finden. Lassen sich die Bürger nicht für eine Policy gewinnen, geht von ihrer ablehnenden Haltung ein Anreiz an die Eliten aus, die Policy den Bürgerwünschen anzupassen. Denn andernfalls müssen Eliten damit rechnen, für ihre Policy-Entscheidung an der Wahlurne mit Stimmverlusten bestraft zu werden. Mit einem solchen Anreiz zu Elitenresponsivität ist jedoch nur dann zu rechnen, wenn es sich um eine für die Bürger subjektiv wichtige Politikdimension handelt. Denn andernfalls dürften darauf bezogene Einstellungen bei der Wahlentscheidung kaum eine Rolle spielen (z.B. Burstein 2006).

In dieser Hinsicht galt die Außenpolitik lange Zeit als ein besonderes, ausgesprochen schwieriges Politikfeld. Außenpolitische Fragen seien – so das Argument – noch weiter als innenpolitische Themen vom alltäglichen Erfahrungshorizont der meisten Bürger entfernt. Aus diesem Grund interessierten sich Bürger nicht dafür und seien außer Stande, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Für Wahlentscheidungen seien außenpolitische Fragen daher irrelevant (siehe hierzu Aldrich et al. 1989: 123-125). Folglich funktioniere der politische Repräsentationsprozess in der Außenpolitik notwendigerweise weniger gut als in der Innenpolitik.

Diese Sichtweise übersieht jedoch zweierlei. Zum einen müssen Bürger keine Policy-Experten sein, um sich zu Sachfragen verhaltensrelevante Urteile bilden zu können. Beispielsweise können sie bei symbolträchtigen Fragen auf davon berührte Wertorientierungen oder davon hervorgerufene Gefühle rekurrieren, um zu entscheiden, wie sie sich zu einer Sachfrage positionieren (etwa Sears et al. 1979; Carmines/Stimson 1980). Zum anderen sind politische Fragen für Bürger in der Regel nicht per se interessant oder wichtig, technisch-abstrakt oder symbolträchtig, sondern dies ist ein Ergebnis der Politikvermittlung, in der politische Eliten und Medien eine zentrale Rolle spielen. Diese Akteursgruppen können entscheidenden Einfluss darauf nehmen, welche Themen Bürger für wichtig halten, unter welchen Gesichtspunkten sie politische Sachfragen betrachten und beurteilen sowie welche Fragen sie bei Wahlentscheidungen in Betracht ziehen oder ausblenden (etwa Key 1966: 2; Zaller 1992; Chong/Druckman 2007).

Außenpolitische Fragen sind daher für Bürger nicht notwendig unwichtig und bei Wahlen irrelevant. Tatsächlich konnte gezeigt werden, dass außenpolitische Einstellungen das Wahlverhalten bei amerikanischen Präsidentschaftswahlen im zwanzigsten Jahrhundert, aber auch im 21. Jahrhundert erheblich beeinflussten (etwa Aldrich et al. 1989, 2006; Abramson et al. 2007; Norpoth/Sidman 2007; Weisberg/Christenson 2007; Brooks et al. 2010). Aber auch

bei Wahlen zum Deutschen Bundestag sind solche Wirkungen nachweisbar. Ein besonders eindrückliches Beispiel mag der Einfluss der Irakfrage bei der Wahl 2002 sein (Schoen 2004; Fuchs/Rohrschneider 2005), doch spielten außenpolitische Einstellungen auch bei Bundestagswahlen in früheren Jahrzehnten zum Teil eine beträchtliche Rolle (Schoen 2010). Folglich können Bürger politischen Eliten durchaus Anreize zu responsivem Verhalten in außenpolitischen Fragen geben, und der Repräsentationsprozess muss bei außenpolitischen Themen nicht notwendig schlechter funktionieren als bei innenpolitischen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es umso bemerkenswerter, dass sich in Bezug auf die Afghanistanmission öffentliche Meinung und politische Entscheidungen auseinanderentwickelt haben. Deshalb soll das Zusammenspiel aus politischer Führung und politischer Responsivität in dieser Frage nun genauer betrachtet werden. Als zu Beginn des Jahrzehnts über die Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan entschieden wurde, unternahmen Spitzenpolitiker entschiedene Versuche politischer Führung. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 versicherte Bundeskanzler Schröder die USA der uneingeschränkten Solidarität Deutschlands. Peter Struck suchte mit dem Diktum, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt, um die Unterstützung der Bürger für den Einsatz in Afghanistan zu werben. Wie die nachlassende öffentliche Unterstützung für die Afghanistan-Mission dokumentiert, erzielten diese Überzeugungsversuche allenfalls Erfolge von begrenztem Ausmaß und überschaubarer Dauer. Zugleich können sie kaum als Teil einer konsequenten Führungsstrategie gelten. Denn der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr gehört gewiss nicht zu den Themen, auf die verantwortliche Akteure im vergangenen Jahrzehnt die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken suchten. Vielmehr wurden Ziele, Strategien, Mittel und (Miss-)Erfolge der Mission nicht häufig öffentlich dargelegt und diskutiert. Auch warben politische Akteure für den Einsatz eher selten bei den Bürgern um Unterstützung. Sofern sie dies versuchten, betonten sie die zivile Komponente des Auftrags im Vergleich zu seiner militärischen Seite. Exemplarisch dafür steht die öffentliche Auseinandersetzung über die angemessene Bezeichnung des Afghanistaneinsatzes und die Verwendung des Ausdrucks „Krieg“ in diesem Zusammenhang. Erst in jüngerer Zeit, unter dem Eindruck der blutigen Ereignisse in den Jahren 2009 und 2010 rückten die militärische Seite und die Gefahren des Einsatzes stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Zugleich zeigten sich die politischen Akteure nicht so responsiv, dass sie die ISAF-Entscheidungen rasch der mehrheitlich kritischen Haltung der Bürger angepasst hätten. Aus der Sicht der Akteure erscheint diese Entscheidung verständlich, gab es doch bislang keine

Anhaltspunkte dafür, dass die Afghanistanfrage bei den Wahlen 2002 und 2005 eine Rolle gespielt hätte, und damit auch keine Anreize für Elitenresponsivität. Pointiert formuliert, liegt daher diese Folgerung nahe: Die politischen Akteure bemühten sich nicht um Führung und schenkten der einsatzkritischen, aber wenig interessierten Öffentlichkeit praktisch keine Aufmerksamkeit.

Diese Lesart könnte jedoch die Bedeutung der öffentlichen Meinung für das Handeln politischer Akteure in Bezug auf die Afghanistan-Mission in zwei Hinsichten unterschätzen. Skepsis gegenüber militärischen Auslandseinsätzen deutscher Streitkräfte gehört, wie erwähnt, auch im vereinigten Deutschland zu den Grundströmungen der öffentlichen Meinung. Dies dürfte den politischen Akteuren ebenso wenig verborgen geblieben sein wie die Tatsache, dass außenpolitische Fragen eine erhebliche innenpolitische Sprengkraft entfalten und bei Wahlen ins Gewicht fallen können. Wird die öffentliche Aufmerksamkeit auf einen Militäreinsatz gelenkt, könnten daher Parteien und Politiker, die eine solche Mission unterstützen, an der Wahlurne abgestraft werden. Angesichts einer einsatzkritischen Öffentlichkeit liegt es daher für politische Akteure nahe, Militärmissionen nicht stark zu thematisieren. Aus dieser Perspektive betrachtet, wäre die beobachtete kommunikative Zurückhaltung und Betonung ziviler Aspekte in Bezug auf den Afghanistaneinsatz als Versuch der Dethematisierung zu interpretieren, mit dem Ziel, eine – antizipierte – negative Reaktion der Bürger an der Wahlurne zu vermeiden. In der Konsequenz könnte man die augenscheinliche Wirkungslosigkeit der Afghanistanfrage bei den Wahlen 2002 und 2005 als Beleg für den Erfolg dieser Strategie werten.

Die öffentliche Meinung könnte – auf dem Wege der Antizipation – neben der politischen Kommunikation auch materiale politische Entscheidungen beeinflusst haben. Militärische Auslandseinsätze können jederzeit für dramatische Ereignisse sorgen, die die öffentliche Aufmerksamkeit schlaglichtartig auf die Militärmission lenken. Ihre vorhersehbare Unvorhersehbarkeit spricht dafür, dass solche Einsätze für politische Akteure in einer militärskeptischen Gesellschaft unkalkulierbare (elektorale) Risiken bergen. Erfahrene und kluge Politiker dürften sich dessen bewusst sein, wenn sie militärische Auslandseinsätze beschließen. Aus dieser Perspektive betrachtet, könnte die öffentliche Meinung als ein Faktor in die Entscheidungen über die Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan eingeflossen sein. Sofern dies der Fall war, dürfte er dafür gesorgt haben, dass sich Deutschland zurückhaltender engagierte, als es andere Gesichtspunkte – etwa strategische Überlegungen, militärische Lagebeurteilungen, Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere innerhalb der NATO (Viehrig 2010) – nahelegten. Anders formuliert, die antizipatorische Reaktion auf die

militärkritische öffentliche Meinung hätte dazu beigetragen, dass in der Afghanistanfrage zwischen staatlicher Politik und öffentlicher Meinung eine weniger stark ausgeprägte Diskrepanz auftrat. Damit hätte der Repräsentationsprozess besser funktioniert, als es auf den ersten Blick den Anschein hat (etwa Brettschneider 1996).

Ob diese oder die vorher skizzierte Lesart die politischen Prozesse besser beschreibt, lässt sich mit vorliegenden Daten nicht endgültig entscheiden. Unabhängig davon, ob die öffentliche Meinung zur Afghanistanfrage bei den Entscheidungen politischer Akteure eine Rolle spielte oder nicht, gab es bis in das Jahr 2009 hinein keine deutlichen elektoralen Anreize dazu. Denn es liegen keine Anhaltspunkte für Einflüsse der Afghanistanfrage auf das Wahlverhalten vor. Die Bundestagswahl 2009 jedoch fand unter Bedingungen statt, die sie zu einem Wendepunkt hätte machen können: In der Nacht zum 4. September 2009 bombardierten auf Geheiß des deutschen Oberst Georg Klein amerikanische Kampfflugzeuge zwei von Taliban entführte Tanklastzüge und töteten dabei offenbar auch etliche Zivilisten. Dieses Ereignis lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit schlaglichtartig auf die Afghanistanmission der Bundeswehr und löste Diskussionen über den Einsatz aus. Wenn man annimmt, dass vor einer Wahl in der Öffentlichkeit thematisierte Fragen gute Chancen haben, in die Wahlentscheidungen der Bürger einzufließen (Key 1966: 2; Zaller 1992), könnte der Zwischenfall in Kundus dazu geführt haben, dass etliche Bürger bei ihrer Stimmenscheidung 2009 ihre (kritische) Haltung zur Afghanistanmission berücksichtigten. Im Ergebnis könnten deutliche elektorale Anreize für Eliteakteure resultieren, die einsatzkritische öffentliche Meinung (stärker) zu berücksichtigen und womöglich den Einsatz (rasch) zu beenden. Daher soll die Wirkung afghanistanbezogener Einstellungen bei der Wahl 2009 im Folgenden genauer untersucht werden.

### 3. Wahlverhalten am 27. September 2009 – im Schatten des Kundus-Zwischenfalls?

Wirkungen von Einstellungen zur Afghanistanfrage auf das Wahlverhalten sind nicht selbstverständlich. Sie setzen voraus, dass Bürger sich für das Thema interessieren und sich eine eigene Meinung dazu bilden. Zudem müssen sie in dieser Frage subjektiv eine Wahl haben, müssen also bei den Parteien entsprechende Sachpositionen wahrnehmen und zwischen diesen Unterschiede erkennen. Schließlich müssen sie ihre Wahlentscheidung wegen ihrer Haltung in der Afghanistanfrage anders treffen, als wenn sie dieses Thema nicht berücksichtigten (vgl. Campbell et al. 1960: 168-187). Sollten sich mit der Prüfung dieser Bedingungen Sachfrageneffekte auf individuelles Wahlverhalten nachweisen lassen, ist

anschließend zu klären, ob sie zu Stimmengewinnen oder -verlusten von Parteien im Aggregat geführt haben. Solche Aggregateffekte sind nicht selbstverständlich, da sie auch von der Verteilung politischer Orientierungen abhängen. Zugleich sind sie politisch relevant, weil politische Akteure darauf besonders sensibel reagieren dürften. Damit sind die Schritte der folgenden Analyse vorgezeichnet.

Bald nachdem Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan entsandt worden waren, verloren die Deutschen ihr anfangs beträchtliches Interesse – sieht man von kleinen ereignisspezifischen Ausschlägen ab (vgl. Bulmahn 2009, 2010; Oppermann/Viehrig 2009) – weitgehend. Auch im Wahljahr 2009 bewegte sich das Interesse zunächst auf einem sehr niedrigen Niveau. Allerdings lenkte das Bombardement der Tanklastzüge bei Kundus in der Nacht zum 4. September schlaglichtartig die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit auf die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan. Ergebnisse einer vor und nach der Wahl durchgeführten Rolling-Cross-Section(RCS)-Befragung<sup>3</sup> zeigen, dass mit einer gewissen Verzögerung der Anteil der Befragten, die den Bundeswehreinsatz als (zweit-)wichtigstes Problem nannten, deutlich auf über zehn Prozent mit noch höheren Tagesspitzen anstieg. Bis zum Wahltag sank dieser Anteil wieder etwas, jedoch nicht auf das Niveau vor dem Zwischenfall. Die Bürger scheinen auf die Berichterstattung und Diskussion über das Ereignis tatsächlich mit gesteigerter Aufmerksamkeit reagiert zu haben, was die Chancen für Einflüsse der Afghanistanfrage auf Wahlverhalten gesteigert haben dürfte.<sup>4</sup>

Die Ergebnisse der RCS-Befragung zeigen auch, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Herbst 2009 in der deutschen Bevölkerung nicht populär war.<sup>5</sup> Knapp 50 Prozent der Respondenten stimmten der Forderung nach einem sofortigen Abzug der

---

<sup>3</sup> In der telefonischen Vorwahlbefragung wurden die 6008 Respondenten (annähernd) zufällig auf die 60 Erhebungstage verteilt, so dass Unterschiede zwischen den Tagesergebnissen als Veränderungen in der öffentlichen Meinung interpretiert werden können. In rund 67 Prozent der Fälle gelang es, die Teilnehmer nach dem Wahltag nochmals zu befragen. Die Daten, die in diesem Beitrag verwendet werden, wurden von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zugänglich gemacht. Die Daten der Umfrage wurden im Rahmen der German Longitudinal Election Study (Komponente 2) erhoben von Prof. Dr. Hans Rattinger (Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim) und PD Dr. Bernhard Weißels (Wissenschaftszentrum Berlin). Sie wurden von GESIS für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die genannten Personen noch die Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

<sup>4</sup> Die berichteten Anteilswerte dürften Aufmerksamkeit und Anteilnahme der Bürger eher überschätzen. Sieht man vom Fragestimulus ab (Wlezien 2005; Johns 2010), liegt dies daran, dass die RCS-Befragten überdurchschnittlich stark politisch involviert zu sein scheinen. Eine Ursache dafür liegt in Stichprobenproblemen, die sich exemplarisch am zu hohen Anteil formal hochgebildeter Personen ablesen lassen. In den Analysen wurde auch nach der formalen Bildung gewichtet, was jedoch nicht alle Stichprobenprobleme beseitigen dürfte.

<sup>5</sup> Nach der Bewertung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr wurde in der Vorwahlbefragung ab dem 9. September 2009 gefragt, in der Nachwahlwelle wurde sie durchgängig erhoben.

Bundeswehr aus Afghanistan (voll und ganz) zu.<sup>6</sup> Der Anteil derjenigen, die dieser Aussage mehr oder minder vehement widersprachen, lag dagegen unter 25 Prozent. Die übrigen Befragten zeigten sich unentschieden. Die Kritik an dem Bundeswehreinsatz, die in der Forderung nach einem unverzüglichen Abzug zum Ausdruck kommt, war in den neuen Bundesländern mit über 60 Prozent noch wesentlich stärker ausgeprägt als in den alten Ländern, wo gut 40 Prozent sich für einen raschen Abzug aussprachen. Effekte dieser Bewertungen auf das Wahlverhalten vorausgesetzt, konnten einsatzkritische Parteien wegen der Afghanistanfrage mit Stimmengewinnen rechnen.

Damit Bewertungen des Afghanistaneinsatzes das Wahlverhalten beeinflussen können, müssen sie mehr sein als aus dem Moment heraus gegebene Zufallsantworten. In der Befragung wurden themenbezogene Informiertheit und Urteilkriterien nicht erhoben. Allerdings ist anzunehmen, dass auch diese Befragten über das ISAF-Mandat und die Lage in Afghanistan nicht allzu gut informiert waren und eher auf heuristischem Wege zu Urteilen gelangten. Zugleich scheint es sich bei ihren Angaben nicht um bloße Zufallsantworten zu handeln. Darauf deutet die beträchtliche zeitliche Stabilität zwischen Vor- und Nachwahlbefragung hin. Auf der fünfstufigen Skala zur Bewertung der Abzugsforderung wählten rund sechzig Prozent der Befragten zweimal exakt denselben Wert, bei neunzig Prozent weichen beide Angaben um höchstens einen Skalenpunkt voneinander ab. Auch wenn zwischen beiden Teilbefragungen nur wenige Wochen lagen, sprechen diese Befunde gegen rein zufällige Angaben zahlreicher Respondenten.

Zudem machten sich in der Afghanistanfrage offenbar nur wenige Bürger die Standpunkte ihnen nahestehender Parteien oder Politiker zu eigen, etliche bildeten sich ihre Meinung unabhängig davon. Entsprechende nicht tabellarisch ausgewiesene Analysen deuten zwar darauf hin, dass Anhänger der Linkspartei dem Afghanistan-Einsatz überdurchschnittlich kritisch gegenüberstanden, während Unionsanhänger ihn etwas wohlmeinender beurteilten als Personen ohne Parteibindung. Auch scheint die Person Oskar Lafontaines dazu beigetragen zu haben, dass einige Bürger im Laufe des Herbstes 2009 eine negativere Haltung zu dem Einsatz der Bundeswehr entwickelten. Jedoch lassen diese Effekte den Gesamtbefund unberührt, dass Einstellungen zu Spitzenpolitikern und Parteibindungen nur zu einem kleinen Teil die Haltung zum Einsatz der Bundeswehr erklären können. Somit scheinen die Bürger bei ihrer Urteilsbildung zum Afghanistaneinsatz größtenteils nicht unbesehen Standpunkte

---

<sup>6</sup> Wenngleich mit etwas anderen Instrumenten, führten Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest dimap im September 2009 wie auch die kurz nach der Wahl 2009 durchgeführte Erhebung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (vgl. Bulmahn 2010: 40) zu ähnlichen Ergebnissen.

ihnen nahestehender Parteien oder Politiker übernommen zu haben.<sup>7</sup> Ein Vergleich ihres eigenen Standpunkts mit den Parteipositionen musste also nicht zwangsläufig zu dem Ergebnis führen, dass die ohnehin präferierte Partei auch in der Afghanistanfrage den eigenen Vorstellungen am nächsten komme.

Bei diesem Vergleich machten es die Parteien den Bürgern nicht allzu leicht. Das gilt nicht für die Linkspartei, die ihre langjährige Forderung nach einem unverzüglichen und bedingungslosen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan auch im Wahlkampf 2009 vehement vertrat (vgl. Die Linke 2009: 53-54). Die übrigen Bundestagsparteien formulierten differenziertere, aber in der politischen Kommunikation nicht immer leicht vermittelbare Forderungen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2009: 215-216; CDU/CSU 2009: 87; FDP 2009: 68-69; SPD 2009: 91). Zudem thematisierten sie die Afghanistan-Frage im Wahlkampf weniger offensiv als Die Linke. Das änderte sich nach dem Bombardement von Kundus, als zum Beispiel Frank-Walter Steinmeier den Vorschlag „Zehn Schritte für Afghanistan“ vorstellte. Damit nutzte und schuf er Aufmerksamkeit für das Thema, sorgte jedoch nicht für klare Fronten zwischen den Parteien, da sein Plan an vielen Stellen vage blieb und über Parteigrenzen hinweg ein geteiltes Echo fand.

Welche Standpunkte zur Afghanistanfrage die Bürger bei den Parteien wahrnahmen, wurde in der RCS-Studie nicht erfragt, jedoch wurden die Respondenten um eine Auskunft darüber gebeten, welche Partei ihnen in dieser Frage am nächsten stehe. Am häufigsten nannten sie CDU und CSU, die ihre gesamtdeutsche Spitzenstellung allerdings vor allem den westdeutschen Befragten verdanken. In den neuen Ländern stand Die Linke an der Spitze des Feldes, auf die gesamte Bundesrepublik bezogen schnitt sie mit rund 20 Prozent ebenfalls besser ab als an der Wahlurne. Ihr gutes Ergebnis beruht nicht nur darauf, dass rund zwei Drittel ihrer Anhänger die Linkspartei als beste Interessenvertreterin angaben, sondern auch darauf, dass knapp 20 Prozent der SPD- und Grünen-Anhänger wie auch der parteipolitisch ungebundenen Personen sie nannten. Für die SPD entschied sich rund ein Sechstel der Befragten, für die Grünen ein Zehntel, während die FDP deutlich unter der Zehnprozentmarke blieb. Selbst aus den Reihen ihrer Anhänger konnten SPD, Grüne und FDP nur jeweils ein Drittel der Nennungen für sich verbuchen. In der Summe deuten diese Befunde vor allem darauf hin, dass die Linkspartei ein erhebliches Potential besaß, von Effekten ISAF-bezogener Einstellungen auf das Wahlverhalten erheblich zu profitieren.

Zugleich bereitete es offenbar etlichen Bürgern Schwierigkeiten, den Parteien eindeutige Standpunkte zuzuordnen. So konnten in der Vorwahlbefragung ein Viertel der Befragten und

---

<sup>7</sup> Das schließt nicht aus, dass von Eliten (und Massenmedien) offerierte Angebote der Realitätsdeutung bei der Urteilsbildung eine Rolle spielten.

etwa zwanzig Prozent in der zweiten Welle nicht angeben, welche Partei ihnen in der Afghanistanfrage am nächsten stehe. Zudem änderten etliche Respondenten von der ersten zur zweiten Befragungswelle ihre Einschätzung. Zwar blieben Personen, die vor der Wahl Union oder Linkspartei als am nächsten stehende Partei angegeben hatten, in der zweiten Welle zu 70 bzw. 77 Prozent bei ihrer Einschätzung. Für SPD, Grüne und FDP ergeben sich mit 48 bzw. 31 Prozent hingegen erheblich niedrigere Stabilitätsraten. Die Zuordnungsprobleme verdeutlicht der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen programmatischen Nähe und der Position der Befragten (siehe Abbildung 1). Die Linke wurde in erster Linie von Abzugsbefürwortern als Interessenvertreterin genannt, die Unionsparteien, spiegelbildlich dazu, vor allem von Abzugsgegnern. Die Profile der übrigen Parteien sind weniger deutlich. Im Angebot der FDP fanden sich Personen mit ganz unterschiedlichen inhaltlichen Positionen gleichermaßen wieder. Die SPD wurde am häufigsten von in der Sache unentschiedenen Personen genannt und erhielt von (vehementen) Gegnern und Befürwortern eines sofortigen Abzugs gleichviele Stimmen. Zu diesen Schwierigkeiten der Bürger dürften zum einen deren geringes Interesse am Thema beigetragen haben, zum anderen die weder prominenten noch prononcierten Positionen einiger Parteien.

- Abbildung 1 etwa hier -

Es bleibt zu klären, ob Urteile über die programmatische Nähe in der Afghanistanfrage das Wahlverhalten am 27. September 2009 beeinflussten.<sup>8</sup> Dazu wurden getrennte Analysen der Daten aus der Vor- und Nachwahlbefragung durchgeführt. In den Vorwahldaten sind Wirkungen von Einstellungen zur Afghanistanfrage auf individuelles Wahlverhalten durchaus erkennbar. Demnach steigerte unter den Befragten wahrgenommene abzugsbezogene Nähe zu den Grünen die Wahrscheinlichkeit, für diese zu votieren, um bis zu 30 Prozentpunkte. Umgekehrt sank in verschiedenen Wählersegmenten die Wahrscheinlichkeit, für die Union zu stimmen, als Reaktion auf eine wahrgenommene Nähe zur Linkspartei in der Afghanistanfrage. Auf dieser Grundlage ergeben sich in der Aggregatebetrachtung afghanistanbedingte Stimmenverluste für die Union von rund zwei Prozentpunkten und Zugewinne gleichen Ausmaßes für die Grünen. Diese Befunde dürften die tatsächlichen Effekte in der Bevölkerung jedoch insofern überschätzen, als in der RCS-Stichprobe – wie

---

<sup>8</sup> Es wurden logistische Regressionsmodelle gerechnet, in denen die Wahlentscheidung auf die wahrgenommene Nähe in der Afghanistanfrage zurückgeführt wurde. Um Effekte afghanistanbezogener Bewertungen nicht zu überschätzen, wurden Parteiidentifikation, Bewertungen führender Politiker sowie die zugeschriebene Kompetenz zur Lösung der beiden wichtigsten Probleme (bereinigt um Bezüge zur Afghanistanfrage) als Kontrollvariablen berücksichtigt (siehe dazu den Onlineanhang).

erwähnt – Resonanz und daher Wirkungspotential dieser außenpolitischen Frage vermutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen. In der Nachwahlanalyse sind keine bedeutsamen Effekte afghanistanbezogener Einstellungen auf individuelles Wahlverhalten zu erkennen. Die Frage nach Aggregateffekten erübrigt sich damit.<sup>9</sup>

Aus diesen Befunden wird man schwerlich folgern können, die Afghanistanfrage hätte bei der Wahl 2009 eine durchschlagende Wirkung auf das individuelle Stimmverhalten und den Wahlausgang entfaltet.<sup>10</sup> Denn selbst wenn man die Ergebnisse der Vorwahlanalyse als angemessene Beschreibung des Stimmverhaltens akzeptierte, bliebe zu berücksichtigen, dass die Aggregateffekte von eher bescheidenem Umfang waren und die Zuweisung der Regierungsrolle nicht beeinflusste. Weder verhalf sie der christlich-liberalen Koalition ins Amt noch hinderte sie ein rot-grünes Bündnis an der Amtsübernahme. Allenfalls verkleinerte sie die Mehrheit für CDU/CSU und FDP. Als einen lautstarken Abmarschbefehl der Bürger an die in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldaten darf man die Wahl daher kaum interpretieren.<sup>11</sup>

#### 4. Schluss

Obwohl etliche Bürger mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht einverstanden waren, nutzten sie die Bundestagswahl 2009 kaum dazu, ihrer Unzufriedenheit an der Wahlurne Ausdruck zu verleihen. Somit blieb selbst unter den theoretisch günstigen Bedingungen eines Urnengangs kurz nach einem militärischen Zwischenfall ein deutliches elektorales Signal an die politischen Akteure aus, die einsatzkritische öffentliche Meinung bei Entscheidungen über den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stärker zu berücksichtigen. Daher scheint der Schluss nahezuliegen, dass politische Akteure auch in Zukunft nicht mit gravierenden Stimmenverlusten wegen ihrer Unterstützung für die Afghanistanmission zu rechnen haben. Im Ergebnis hätten sie keinen Anreiz zu größerer

---

<sup>9</sup> Dies gilt auch dann, wenn nur Personen analysiert werden, die in den ersten Tagen nach der Wahl interviewt wurden. Dabei ist zu bedenken, dass es sich dabei infolge von Selbstselektionsprozessen vermutlich nicht um eine Zufallsstichprobe aus allen Nachwahlbefragten handelt.

<sup>10</sup> Regional disaggregierte Analysen stützen diese Schlussfolgerung für Ost- und Westdeutschland. Die Schlussfolgerung stützen zusätzlich Selbstauskünfte der Respondenten in einer vor und nach der Wahl durchgeführten persönlich-mündlichen Befragung einer (annähernd) repräsentativen Stichprobe aus dem Elektorat. In der Vorwahl- und Nachwählerhebung gab jeweils weniger als ein Prozent der Befragten den Bundeswehreinsatz als Motiv an.

<sup>11</sup> Mit den vorliegenden Daten können indirekte Wirkungen von Einstellungen zur Afghanistanfrage auf das Wahlverhalten nicht analysiert werden. Daher muss beispielsweise ungeklärt bleiben, inwieweit diese Einstellungen Bewertungen von Kanzlerkandidaten und anderer Spitzenpolitiker beeinflussten oder im Laufe der Jahre Parteiloyalitäten erodieren oder entstehen ließen, die in das Stimmverhalten 2009 einfließen. Insoweit unterschätzt die vorliegende Analyse die Wirkungen von Einstellungen zum Afghanistaneinsatz auf das Wahlverhalten.

Responsivität, und ungeachtet der kritischen öffentlichen Meinung wäre an einen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan nicht zu denken.

Diese Interpretation übersieht jedoch wichtige Gesichtspunkte. Zweifelsohne herrschten bei der Wahl 2009 vergleichsweise günstige politisch-kommunikative Bedingungen für das Auftreten von afghanistanbezogenen Einstellungseffekten, sie waren aber gewiss nicht optimal. Denn mit Ausnahme der Linkspartei rückten Parteien und Kanzlerkandidaten – man denke im Vergleich an die Irakfrage im Jahr 2002 – den Auslandseinsatz nicht mit prononcierten Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen. Gegen einen „Afghanistanwahlkampf“ dürften sich politische Akteure außerhalb der Linkspartei unter anderem deshalb entschieden haben, weil sie sich von einer solchen Kampagne eher negative als positive Wirkungen auf ihr Abschneiden bei der Wahl am 27. September versprachen. Sofern dies zutrifft, hätten sich die politischen Akteure zumindest bei der Kampagnengestaltung responsiv gegenüber der öffentlichen Meinung gezeigt. Allein die Aussicht auf mögliche negative Wählerreaktionen hätte demnach genügt, das Handeln der politischen Akteure zu beeinflussen. Das Ausbleiben deutlich sichtbarer Effekte von afghanistanbezogenen Einstellungen auf das Wahlverhalten ist – wie erwähnt – also kein verlässlicher Indikator für das Fehlen von Anreizen zu Elitenresponsivität. Ja, im vorliegenden Fall wäre eine solche Wirkung ausgeblieben, weil sich die Akteure responsiv zeigten.

Es kommt ein zweites hinzu. Politische Akteure haben nicht immer die Möglichkeit, die öffentliche Agenda mit geschicktem Themenmanagement zu steuern – und damit antizipierte negative Reaktionen der Bürger zu vermeiden. Gerade militärische Ereignisse scheinen in der Lage zu sein, die öffentliche Agenda geradezu zu diktieren. Wären beispielsweise wenige Tage vor der Wahl – *horribile dictu* – hundert Bundeswehrsoldaten bei einem Gefecht in Afghanistan ums Leben gekommen, hätten Parteien und Kandidaten dieses Thema vermutlich kaum meiden können. Eine solche Katastrophe blieb den Deutschen 2009 erspart, kann in einem unberechenbaren militärischen Konflikt aber jederzeit – auch unmittelbar vor einer Wahl – auftreten. Politische Akteure, die sich dieses Damoklesschwerds bewusst sind, dürften die einsatzkritische öffentliche Meinung als einen Faktor bei Entscheidungen über Auslandseinsätze berücksichtigen und daher tendenziell für einen vorsichtigen Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Ausland votieren.<sup>12</sup>

---

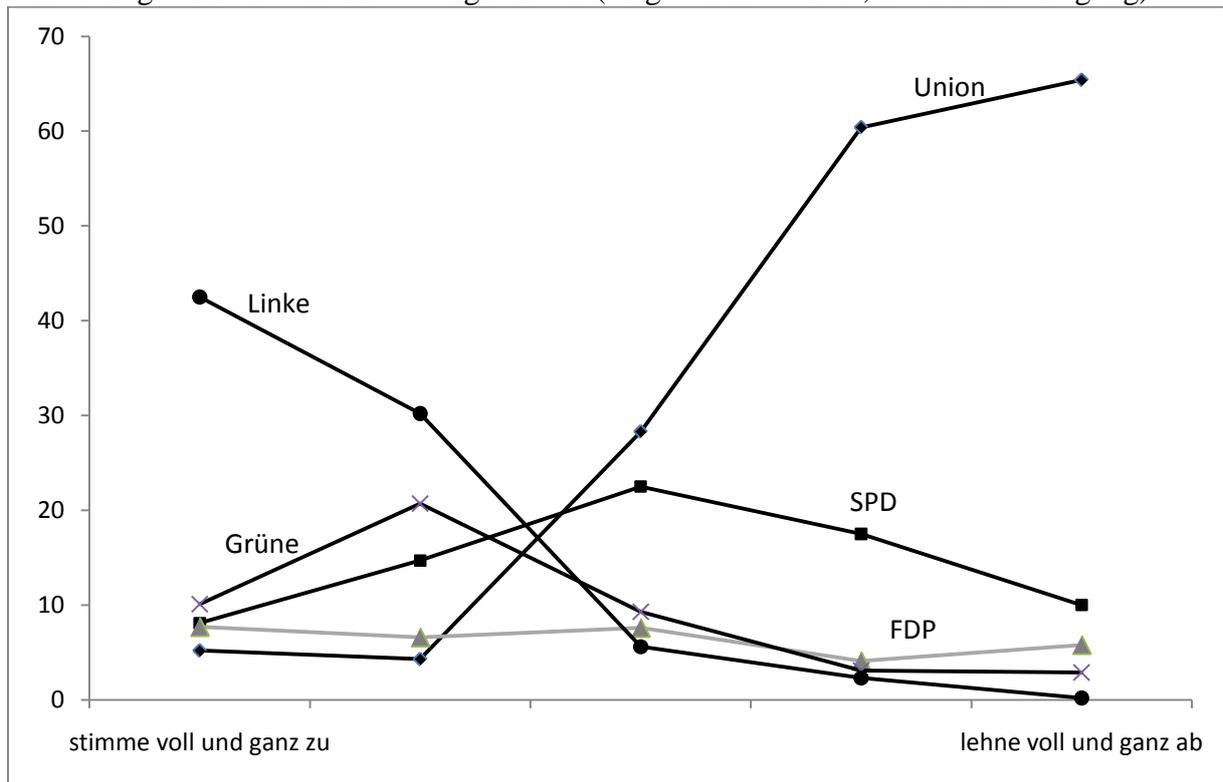
<sup>12</sup> Der Kundus-Zwischenfall hat gezeigt, dass die vorhersehbare Unvorhersehbarkeit militärischer Auslandseinsätze hohe Anforderungen an die Kommunikations- und Managementfähigkeiten politisch verantwortlicher Akteure stellt. So kosteten fragwürdige Reaktionen auf das Bombardement von Kundus Franz Josef Jung sein Amt als Arbeits- und Sozialminister. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg geriet wegen widersprüchlicher Wertungen und politisch umstrittener Personalentscheidungen in

Diese Argumente sprechen dagegen, aus dem Ausbleiben deutlicher elektoraler Sanktionen für Entscheidungen über militärische Auslandseinsätze zu schließen, politische Akteure hätten keine Anreize zu responsivem Verhalten, weshalb die einsatzkritische öffentliche Meinung bei derartigen Entscheidungen eine *quantité négligeable* darstelle. Sie lassen es vielmehr plausibel erscheinen, dass auch beim Afghanistaneinsatz die militärskeptische öffentliche Meinung eine Rolle spielte. Vermutlich ließen sich entsprechende Wirkungen entdecken, wenn man nach dem Einfluss der öffentlichen Meinung unter Kontrolle konkurrierender Einflüsse auf Eliteentscheidungen untersuchte und nicht nur danach fragte, ob Bundeswehrsoldaten entsandt werden oder nicht, sondern die Ausgestaltung des Einsatzes genauer betrachtete. Zugleich lassen es die Überlegungen wenig plausibel erscheinen, dass in Zukunft regelmäßig Bundeswehrsoldaten mit robustem Mandat zu Auslandseinsätzen entsandt werden. Je wahrscheinlicher ein Auslandseinsatz zu einer militärischen Eskalation führen könnte, umso reservierter dürften sich die politischen Akteure im Zweifelsfall zeigen. Diese Aussagen sind allerdings an eine Bedingung geknüpft: die öffentliche Meinung in Deutschland steht dem Einsatz militärischer Gewalt weiterhin (mehrheitlich) skeptisch gegenüber. Im Moment erscheint diese Annahme beinahe als Selbstverständlichkeit. Allerdings ist auch in dieser Hinsicht Wandel ausgeschlossen – und der Afghanistaneinsatz und andere Auslandsmissionen könnten dazu beitragen. Diese Einsätze und die Berichterstattung darüber könnten die Wahrnehmung militärischer Auslandseinsätze verändern. Sie könnten dazu führen, dass sich Bürger an Auslandsmissionen der Bundeswehr gewöhnen, bei denen deutsche Soldaten töten und getötet werden. Allmählich könnten sich die Maßstäbe verschieben, die die Öffentlichkeit anlegt, wenn sie solche Einsätze beurteilt, und damit die Urteile selbst. Sollte dies zutreffen, könnte die innenpolitisch umstrittene Afghanistanmission dazu beitragen, dass künftige Auslandseinsätze des deutschen Militärs mit größerem Wohlwollen der Bürger rechnen können. Im Ergebnis könnten die Bürger die seit der Wiedervereinigung vollzogene Erweiterung des Arsenal außenpolitischer Instrumente nachholen, so dass Außenpolitik und gesellschaftliche Normen – auch ohne intensive Überzeugungsversuche seitens politischer Akteure – wieder besser in Einklang stünden. Ein ILanger Atem könnte sich somit für politische Akteure bezahlt machen – für politikwissenschaftliche Forschung zu diesen Fragen ist er unabdingbar.

---

schweres Fahrwasser. Das Risiko, infolge von Auslandseinsätzen und deren innenpolitischen Managements skandalisiert zu werden oder gar die politische Karriere beenden zu müssen, spricht ebenfalls für Zurückhaltung politisch verantwortlicher Akteure bei der Entscheidung über militärische Auslandseinsätze.

Abbildung 1: Wahrgenommene Parteinähe in Abhängigkeit vom Standpunkt der Befragten zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan (Angaben in Prozent; Nachwahlbefragung)



Die Ergebnisse für Vor- und Nachwahlwelle führen in dieser Hinsicht substantziell zu gleichen Folgerungen.

## Literatur

- Abramson, Paul R./Aldrich, John H./Rickershauser, Jill/Rohde, David W., 2007: Fear in the Voting Booth: The Presidential Election of 2004, in: *Political Behavior* 29, 197-220.
- Aldrich, John H./Sullivan, John L./Borgida, Eugene, 1989: Foreign Affairs and Issue Voting: Do Presidential Candidates “Waltz Before a Blind Audience”?, in: *American Political Science Review* 83, 123-141.
- Aldrich, John H./Gelpi, Christopher/Feaver, Peter/Reifler, Jason/Sharp, Kristin Thompson, 2006: Foreign Policy and the Electoral Connection, in: *Annual Review of Political Science* 9, 477-502.
- Andrei, Verena/Rittberger, Volker 2005: Deutsche Außenpolitik, in: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, München und Wien: Oldenbourg, 829-888.
- Brettschneider, Frank, 1996: Parlamentarisches Handeln und öffentliche Meinung. Zur Responsivität des Deutschen Bundestages bei politischen Sachfragen zwischen 1949 und 1990, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27, 108-126.
- Brooks, Clem/Dodson, Kyle/Hotchkiss, Nikole, 2010: National Security Issues and US Presidential Elections, 1992-2008, in: *Social Science Research* 39, 518-526.
- Bündnis 90/Die Grünen, 2009: *Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag. Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit*, Berlin.
- Bulmahn, Thomas, 2009: *Bevölkerungsbefragung 2008. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland. Kurzbericht*, Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bulmahn, Thomas, 2010: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung Oktober/November 2009. Kurzbericht*, Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Burstein, Paul, 2006: Why Estimates of the Impact of Public Opinion on Public Policy are Too High: Empirical and Theoretical Implications, in: *Social Forces* 84, 2273-2289.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*, New York u.a.: Wiley.
- Carmines, Edward G./Stimson, James A., 1980: The Two Faces of Issue Voting, in: *American Political Science Review* 74, 78-91.
- CDU/CSU, 2009: *Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009-2013*, Berlin.

- Chong, Dennis/Druckman, James N., 2007: Framing Theory, in: *Annual Review of Political Science* 10, 103-126.
- Die Linke, 2009: *Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009*, Berlin.
- FDP, 2009: *Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009*, Berlin.
- Fuchs, Dieter/Rohrschneider, Robert, 2005: War es dieses Mal nicht die Ökonomie? Der Einfluss von Sachfragenorientierungen auf die Wählerentscheidung bei der Bundestagswahl 2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 339-356.
- Hellmann, Gunther unter Mitarbeit von Rainer Baumann und Wolfgang Wagner, 2006: *Deutsche Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Herzog, Dietrich, 1989: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Repräsentation?, in: Herzog, Dietrich/Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 307-335.
- Johns, Robert, 2010: Measuring Issue Salience in British Elections: Competing Interpretations of “Most Important Issues”, in: *Political Research Quarterly* 63, 143-158.
- Key, Vladimir O., 1966: *The Responsible Electorate: Rationality in Presidential Voting 1936-1960*, New York: Belknap Press.
- Mauß, Hans. W., 2006: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 421-445.
- Müller, Harald 1999: Sicherheit für das vereinte Deutschland, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, 145-169.
- Norpoth, Helmut/Sidman, Andrew, 2007: Mission Accomplished: The Wartime Election of 2004, in: *Political Behavior* 29, 175-195.
- Oppermann, Kai/Viehrig, Henrike, 2009: The Public Salience of Foreign and Security Policy in Britain, Germany and France, in: *West European Politics* 32, 925-942.
- Pitkin, Hanna F., 1967: *The Concept of Representation*, Berkeley: University of California Press.

- Powell, G. Bingham, 2004: The Chain of Responsiveness, in: *Journal of Democracy* 15 (4), 91-105.
- Schoen, Harald, 2004: Der Kanzler, zwei Sommerthemen und ein Foto-Finish: Priming-Effekte bei der Bundestagswahl 2002. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 23-50.
- Schoen, Harald, 2010: Two indicators, one conclusion: On the public salience of foreign affairs in pre- and post-unification Germany, in: Oppermann, Kai/Viehrig, Henrike (Hrsg.), *Issue salience in International Politics*, Routledge (i. E.).
- Sears, David O./Hensler, Carl P./Speer, Leslie K., 1979: Whites' Opposition to 'Busing': Self-Interest or Symbolic Politics, in: *American Political Science Review* 73, 369-384.
- Soroka, Stuart N./Wlezien, Christopher, 2010: *Degrees of Democracy. Politics, Public Opinion, and Policy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- SPD, 2009: *Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD*, Berlin.
- Wagener, Martin, 2004: Auf dem Weg zu einer „normalen“ Macht? Die Entsendung deutscher Streitkräfte in der Ära Schröder, in: Sebastian Harnisch/Christos Katsioulis/Marco Overhaus (Hrsg.): *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*, Baden-Baden: Nomos, 89-118.
- Varwick, Johannes, 2004: Die NATO-Politik der rot-grünen Bundesregierung 1998-2003, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 14, 93-121.
- Viehrig, Henrike, 2010: *Militärische Auslandseinsätze. Die Entscheidungen europäischer Staaten zwischen 2000 und 2006*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- von Bredow, Wilfried, 2008: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weisberg, Herbert F./Christenson, Dino P., 2007: Changing Horses in Wartime? The 2004 Presidential Election, in: *Political Behavior* 29, 279-304.
- Wlezien, Christopher, 2005: On the salience of political issues: The problem with “most important problem”, in: *Electoral Studies* 24, 555-579.
- Zaller, John R., 1992: *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge: Cambridge University Press.

Onlineanhang

Tabelle A1: Determinanten der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 (binär logistische Regressionsanalysen; Vorwahlanalyse)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Identifikation</b>					
CDU/CSU	2.41*** (.36)	-.16 (.57)	2.06 (1.12)	-.58 (.87)	1.64 (.98)
SPD	.35 (.46)	2.78** (.44)	.72 (1.11)	.50 (.55)	2.41* (.98)
FDP	--	--	4.28** (1.01)	--	--
Grüne	--	--	--	3.82** (.47)	--
Die Linke	1.29 (1.00)	-.22 (.65)	--	--	4.62** (.98)
Keine Partei	1.52** (.40)	1.37** (.49)	2.35** (.97)	.97 (.52)	2.51* (.97)
Merkel	2.47** (.34)	-.47 (.47)	-.48 (.40)	-.50 (.44)	-.11 (.49)
Steinmeier	.24 (.24)	.78 (.42)	-.21 (.29)	-.69 (.36)	-.87 (.50)
Guttenberg	.39 (.36)	.49 (.34)	-.53 (.35)	-.57 (.34)	-.37 (.43)
Westerwelle	-.19 (.26)	-.58* (.24)	1.56** (.40)	-.07 (.26)	-.23 (.57)
Künast	-.50 (.27)	.35 (.36)	-.53 (.28)	1.49** (.32)	-.32 (.47)
Lafontaine	.03 (.19)	-.44 (.27)	.07 (.26)	.27 (.17)	1.01* (.44)
<b>Lösungskompetenz</b>					
CDU/CSU	1.04** (.33)	-.85** (.25)	-.06 (.56)	-.13 (.45)	-2.38** (.52)
SPD	-2.20** (.48)	1.40** (.39)	-.57 (.66)	-.26 (.40)	-1.26 (.69)
FDP	-.34 (.42)	-2.05** (.75)	1.44** (.45)	.20 (.64)	-3.00* (1.49)
Grüne	-.72 (.79)	-2.54** (.70)	-.26 (1.23)	2.62** (.65)	-1.14 (1.03)
Die Linke	-2.41* (1.13)	-1.25 (.78)	-2.01 (1.18)	-2.73** (.70)	2.74** (.72)
<b>Afghanistan</b>					
CDU/CSU	.01 (.44)	-.72 (.47)	-.19 (.44)	.15 (.50)	.78 (.68)
SPD	-.38 (.40)	.56 (.32)	-.51 (.51)	-.10 (.36)	.37 (.57)
FDP	-.76 (.54)	-.45 (.53)	1.16* (.56)	-2.22** (.85)	--
Grüne	-.42 (.42)	-.36 (.36)	-1.34 (.71)	1.67** (.37)	-.57 (.78)
Die Linke	-1.41**	-.23	.76	-.05	1.47**

	(.44)	(.27)	(.41)	(.45)	(.49)
Konstante	-3.51**	-2.67**	-3.76**	-2.71**	-4.07**
	(.51)	(.40)	(.99)	(.49)	(.94)
-2LL <sub>0</sub>	1502.2	1329.6	1027.8	995.3	804.6
Korr. Pseudo-R <sup>2</sup>	.45	.45	.34	.46	.51
N	1295	1295	1295	1295	1295

---

Angegeben sind logistische Regressionskoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern.  
 Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < 0.01$ . --: Variablen konnten aus statistischen Gründen nicht in die Analyse einbezogen werden. Aus den gleichen Gründen konnten multinomiale logistische Regressionsmodelle nicht geschätzt werden.

Tabelle A2: Determinanten der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 (binär logistische Regressionsanalysen; Nachwahldaten)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Identifikation</b>					
CDU/CSU	1.09** (.19)	-1.35** (.31)	-.55* (.23)	-2.15** (.35)	-1.57** (.55)
SPD	-1.28** (.27)	1.74** (.20)	-.72* (.30)	-.89** (.28)	-1.11* (.43)
FDP	-.93** (.32)	-1.60** (.54)	1.59** (.34)	-1.31* (.66)	-1.86** (.66)
Grüne	-1.61** (.42)	-1.04** (.31)	-2.41** (.57)	1.86** (.27)	-1.24* (.51)
Die Linke	-1.11 (.58)	-1.65** (.57)	--	-3.55** (1.08)	2.39** (.48)
Merkel	1.35** (.28)	-.38 (.29)	.02 (.28)	-.38 (.28)	-.70* (.34)
Steinmeier	-.02 (.19)	1.76** (.26)	-.27 (.18)	-1.11** (.24)	-.60 (.35)
Guttenberg	-.04 (.20)	.10 (.22)	-.09 (.25)	.45 (.24)	.02 (.28)
Westerwelle	.06 (.17)	-.82** (.19)	1.90** (.26)	-.41 (.21)	-.50 (.30)
Künast	-.22 (.17)	-.17 (.21)	-.20 (.18)	1.64** (.25)	-.56 (.32)
Lafontaine	-.24 (.15)	.07 (.17)	-.52** (.17)	-.07 (.18)	2.06** (.28)
<b>Lösungskompetenz</b>					
CDU/CSU	1.02** (.24)	-.57* (.26)	-.29 (.27)	-.94** (.32)	-.88* (.43)
SPD	-1.39** (.36)	1.06** (.31)	-2.02** (.65)	-.53 (.33)	-.38 (.51)
FDP	-1.67** (.38)	-1.18* (.55)	2.07** (.35)	-.93 (.58)	-.77 (.77)
Grüne	-.83 (.58)	-2.42** (.53)	-.23 (.88)	1.98** (.43)	-.79 (.58)
Die Linke	-1.72* (.84)	-2.14** (.55)	-.99 (.66)	-2.81** (.88)	2.61** (.56)
<b>Afghanistan</b>					
CDU/CSU	.22 (.23)	-.49 (.32)	-.25 (.23)	-.11 (.34)	-.48 (.50)
SPD	-.18 (.25)	.48 (.25)	-.62 (.34)	.14 (.33)	-.35 (.50)
FDP	-.41 (.30)	-.86* (.42)	.31 (.31)	.15 (.53)	.66 (.66)
Grüne	-.28 (.25)	-.16 (.26)	-.80 (.45)	.87** (.30)	-.62 (.38)
Die Linke	-.44 (.25)	-.17 (.27)	-.16 (.26)	-.11 (.32)	.67 (.36)
Konstante	-1.62** (.25)	-1.45** (.29)	-1.94** (.25)	-1.52** (.27)	-1.18** (.30)

-2LL <sub>0</sub>	3960.5	3478.9	2817.0	2384.2	2158.5
Korr. Pseudo-R <sup>2</sup>	.43	.50	.35	.46	.59
N	3184	3184	3184	3184	3184

---

Angegeben sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: \* p < 0.05, \*\* p < 0.01. --: Variablen konnten aus statistischen Gründen nicht in die Analyse einbezogen werden.

Tabelle A3: Wirkung der wahrgenommenen Afghanistankompetenz bei der Bundestagswahl 2009 (Änderungen der Wahlwahrscheinlichkeit in Prozentpunkten)

	Wahlentscheidung			
	CDU/CSU	FDP	Grüne	Grüne
Nähe Afghanistaneinsatz	Die Linke	FDP	FDP	Grüne
Subgruppe				
- Keine Parteibindung	-19.0*	18.2	-7.1*	23.7*
- Anhänger CDU/CSU	-29.6*	15.1	-1.7	7.3
- Anhänger SPD	-7.7	5.2	-4.7	17.6*
- Anhänger FDP	--	26.6	--	--
- Anhänger Grüne	--	--	-46.4	28.4*
- Anhänger Linke	-16.4	--	--	--

	Wahlentscheidung		
	Die Linke	SPD (NW)	Grüne (NW)
Nähe Afghanistaneinsatz	Die Linke	FDP	Grüne
Subgruppe			
- Keine Parteibindung	7.5	-8.2	11.1
- Anhänger CDU/CSU	3.4	-2.5	1.7
- Anhänger SPD	6.8	-20.4	5.5
- Anhänger FDP	--	-2.0	--
- Anhänger Grüne	--	--	21.3
- Anhänger Linke	30.3	--	--

Angegeben sind Veränderungen der Wahrscheinlichkeit, für die jeweilige Partei zu stimmen, für den Fall, dass eine Person anstelle keiner Partei die angegebene Partei als die ihr in der Afghanistanfrage nächste ansieht. Die Ergebnisse beruhen auf den Regressionsmodellen, die Tabelle A1 und A2 wiedergegeben sind. Die übrigen in den Modellen enthaltenen Variablen wurden auf Modus, Median bzw. arithmetisches Mittel gesetzt.

Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ . NW: Nachwahlbefragung; alle anderen Ergebnisse beziehen sich auf die Vorwahlbefragung.